

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung	15
Teil 1: Das analoge Eltern-Kind-Staat-Verhältnis	21
Kapitel 1: Rechte der Kinder und ihrer Eltern in der analogen Welt	21
A. Das elterliche Erziehungsrecht	22
I. Elternrecht	24
II. Elternpflicht	26
1. Rechtsnatur der Elternpflicht	26
2. Verhältnis der Elternpflicht zum Elternrecht	30
a) Exkurs: Kindeswohl	30
b) Vorrang des Elternrechts oder der Elternpflicht?	39
III. Grenzen des Elternrechts	44
1. Staatliches Wächteramt	45
2. Erziehungsrecht des je anderen Elternteils	49
3. Staatlicher Erziehungsauftrag	54
B. Die Grundrechte des Kindes im Verhältnis zum elterlichen Erziehungsrecht	57
I. Besonderheiten der kindlichen Grundrechtsausübung und ihrer gerichtlichen Durchsetzung	57
1. Grundrechtsfähigkeit	57
2. Volljährigkeit als Grenze des Elternrechts?	59
3. Grundrechtsmündigkeit	63
a) Grundrechtsmündigkeit und <i>Evolving Capacities</i>	63
b) Grundrechtsmündigkeit in der Literatur	67
c) Grundrechtsmündigkeit in der Rechtsprechung	73
aa) Prozessfähigkeit des Kindes vor dem BVerfG	74
bb) Prozessfähigkeit des Kindes vor dem EGMR	84
cc) Europäische Union	87
dd) Prozessfähigkeit des Kindes auf internationaler Ebene	89
d) Zusammenfassung	91
II. Die Eltern als Grundrechtsverpflichtete des Kindes?	92
1. Allgemeines zur Drittwirkung von Grundrechten	93

2. Drittwirkung im Eltern-Kind-Verhältnis - Recht des Kindes auf Erziehung durch die Eltern?	96
III. Die Grundrechte des Kindes als Schranken des elterlichen Erziehungsrechts	101
1. Das Elternrecht als Recht im Interesse des Kindes	103
2. Grundrechte des Kindes als Schranke des elterlichen Erziehungsrechts?	107
3. Das Verhältnis zwischen Kindeswillen, Kindeswohl und Elternrecht	112
4. Verhältnis Elternrecht und Kinderrechte auf europäischer bzw. internationaler Ebene:	117
5. Zusammenfassung	119
C. Jugendschutz als Grenze des Elternrechts	120
D. Grundrechte Dritter	123
E. Zusammenfassung	123
Kapitel 2: Kinderrechte und Verfassung	126
A. Kinderrechte in der Verfassung?	126
I. Fehlen ausdrücklicher Kinderrechte in der Verfassung	126
II. Die Rolle der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (KRK)	127
III. Ziele einer entsprechenden Verankerung	128
IV. Kinderrechte in der Rechtsprechung des BVerfG	130
1. Subjektstellung des Kindes/Entwicklungsrecht	130
2. Die Berücksichtigung des Kindeswohls als Prinzip der KRK und des GG?	132
3. Beteiligungsrechte	134
4. Zwischenergebnis	136
B. Kinderrechte in die Verfassung?	137
I. Pflicht zur Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung	137
1. Pflicht zur Verankerung	137
2. Vorbilder: Länderverfassungen, Verfassungen von EU-Mitgliedstaaten sowie europäische und internationale Menschenrechtskataloge	140

II. Stand der Debatte	142
1. Übersicht über die verschiedenen Entwürfe	142
2. Aktueller Entwurf – Stand 2021	149
III. Für und Wider der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung	152
1. Vorüberlegungen	153
a) Systemwidrigkeit einer Verfassungsänderung?	153
b) Gefahr für das Elternrecht?	156
c) Symbolische Natur der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung?	160
d) Rechtsprechung und einfaches Recht als ausreichende Garanten von Kinderrechten?	162
e) Zwischenergebnis	166
2. Der Vorschlag des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz und der Entwurf der Großen Koalition	166
a) Staatszielbestimmungen	166
b) Inhalt	168
aa) Das Kind als Rechtssubjekt	169
bb) Kindeswohlprinzip	173
a) Kindeswohl vs Beste Interessen	174
b) Vorrangige vs angemessene Berücksichtigung	175
c) Begrenzung auf staatliches Handeln	179
d) Unmittelbare Betroffenheit	180
cc) Beteiligungsrechte	181
dd) Schaffung einer Bundeskinderbeauftragten	184
ee) Zwischenergebnis	188
c) Standort	189
aa) Art. 3 GG	189
bb) Art. 2 Abs. 1a GG	190
cc) Art. 2a GG	191
dd) Ergänzung des Art. 6 GG	192
ee) Art. 6 a GG	194
C. Kinderrechte ins Grundgesetz!	195
I. Wesentliche Erkenntnisse	195
1. Dem Grundgesetz fehlen ausdrückliche Kinderrechte	195

2. Eine Verfassungsänderung bringt Rechtsklarheit und Rechtssicherheit	195
3. „Kinder sind keine kleinen Erwachsenen“	196
4. Die Schaffung eines Kindergrundrechts soll die Rechtsstellung des Kindes stärken, nicht den Staat	197
5. Maßgeblich für den politischen (tatsächlichen) Erfolg einer Änderung ist die konkrete Formulierung	197
6. Die Änderung scheitert derzeit nicht an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit, sondern an fehlendem politischen Konsens	198
II. Formulierungsvorschlag	199
1. Art. 2 a GG	200
a) Art. 2a Abs. 1 S. 1 GG	200
b) Art. 2a Abs. 1 S. 2 GG	201
c) Art. 2a Abs. 2 GG	202
d) Art. 2a Abs. 3 GG	202
2. Ergänzung von Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	202
3. Einfügung eines Art. 45 e GG	203
Kapitel 3: Zusammenfassung des analogen Eltern-Kind-Staat-Verhältnis	204
Teil 2: Das digitale Eltern-Kind-Staat-Verhältnis	207
Kapitel 1: Rechte des Kindes und seiner Eltern gegenüber dem Staat im Zusammenhang mit dem Internet	208
A. Recht auf Zugang zur „Infrastruktur“ Internet	208
I. Recht auf Internet (-ausbau)	210
1. Völkerrecht	210
2. Europarecht	216
3. Deutsches Recht	220
II. Recht auf erschwinglichen Zugang zu bestehender Infrastruktur	227
1. Völkerrecht	227
2. Europarecht	227
3. Nationales Recht	228
III. Besonderheiten des Eltern-Kind-Verhältnisses	229

IV. Recht auf digitale Bildung?	236
1. Digitale Ausstattung/digitaler Unterricht	237
a) Völkerrechtliche Pflichten aus dem Recht auf Bildung	237
b) Unionsrechtliche Pflichten zu digitaler Ausstattung von Schulen	240
c) Verfassungsrechtliche Pflicht zu digitaler Schulausstattung	241
2. Unterricht zum Erlernen digitaler Fertigkeiten (digital literacy)	249
V. Zusammenfassung Recht auf Zugang zur „Infrastruktur“ Internet	252
B. Recht auf Zugang zu den Inhalten des Internet	254
I. Inhalte des Internet	254
II. Die Geltung der Grundrechte im Internet	255
III. Das Recht auf Zugang zu den Inhalten des Internet	257
1. Das Recht auf Zugang zu den Inhalten als Abwehrrecht	258
a) Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit	258
b) Berufsfreiheit	260
c) Recht auf Bildung	261
2. Das Recht auf Zugang zu den Inhalten des Internet als Leistungsrecht	262
C. Persönlichkeitsrecht in der digitalen Welt	263
I. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	269
II. Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	270
III. Recht auf Vergessenwerden	271
IV. Besonderheiten des (digitalen) Persönlichkeitsrechts von Kindern	272
1. Entwicklung des Kindes als persönlichkeitsrechtliches Schutzgut	272
2. Beginn und Ende des Persönlichkeitsrechts	277
a) Beginn des Persönlichkeitsschutzes	278
b) Ende des Persönlichkeitsschutzes	280
3. Unmittelbare Drittwirkung des Persönlichkeitsrechts in der digitalen Welt?	287

4. Staatliche Schutzpflicht gegenüber elterlichem Verhalten - der Kindeswohlbegriff in digitalen Zusammenhängen	290
a) Betroffenheit des Schutzbereichs des Elternrechts	291
b) Elterliches Verhalten und das Verbot des In-Sich-Geschäfts	294
c) Kindeswohl und digitale Umwelt	296
aa) Staatliches Schlichteramt	297
bb) Staatliches Wächteramt	299
d) Zwischenzusammenfassung zu den wesentlichen Punkten des digitalen Kindeswohlbegriffs	309
e) Anwendung des digitalen Kindeswohlbegriffs im Jugendmedienschutz - Vorschlag zur Reform	310
V. Zusammenfassung	318
D. Recht, dem Internet und seinen Inhalten fernzubleiben	321
I. Recht der Eltern, das Kind von den Inhalten des Internet fernzuhalten	321
II. Recht des Kindes, dem Internet fernzubleiben	325
1. Gegenüber dem Staat	325
2. Gegenüber den Eltern? - Umfang der staatlichen Schutzpflicht	327
E. Verbot der Kinderarbeit	332
F. Zusammenfassung	342
Kapitel 2: Recht des Kindes auf eine offene (digitale) Zukunft?	345
A. Das Recht auf eine offene Zukunft nach Joel Feinberg	346
B. Inhalt eines Recht auf offene (digitale) Zukunft	351
I. Das Recht auf offene Zukunft in der KRK	351
II. Das Recht auf offene Zukunft auf europäischer Ebene	354
III. Das Recht auf offene Zukunft im deutschen Verfassungsrecht	357
1. Anhaltspunkte eines RoZ in Rechtsprechung und Literatur	358
a) Schutz vor den Eltern	360
b) Schutz des Kindes vor sich selbst	362
2. Rechtsnatur, Inhalt und Umfang eines RoZ	366

IV. Recht auf offene digitale Zukunft	367
C. Zusammenfassung: Das Recht auf eine offene (digitale) Zukunft	372
Kapitel 3: Zusammenfassung des digitalen Eltern-Kind-Staat-Verhältnisses	374
Teil 3: Beurteilung von Sharenting und Helicopter Parenting	377
Kapitel 1: Sharenting	377
A. Was ist Sharenting?	377
B. Grundrechtliche Einordnung von Sharenting	379
I. Grundsätzliche Erwägungen	379
1. Zusammentreffen mehrerer Grundrechte	379
2. Rechte der Eltern	380
3. Rechte des Kindes	383
a) Recht auf Fernbleiben vom Internet - Vermeidung konkreter Kindeswohlgefahr	384
b) Das Recht auf offene digitale Zukunft - Sicherung künftiger Grundrechtsausübung der grundrechtsmündigen Person	386
c) Das Recht auf Vergessenwerden - Beachtung der evolving capacities des Kindes und Beseitigung von Verstößen gegen das Persönlichkeitsrecht des Kindes	387
d) Das Verbot der Kinderarbeit - Schutz des Kindes vor wirtschaftlicher Ausbeutung im Rahmen des Influencing	388
II. Fallgruppen	388
1. Pränatales und postmortales Sharenting	389
2. Sharenting mittels Bildern und Videoaufnahmen des Kindes	390
a) Nicht-kommerzielle Veröffentlichung	390
aa) Intimsphäre	391
bb) Privatsphäre	392
cc) Sozialsphäre	394
b) Kommerzielle Veröffentlichung	395
3. Sharenting mittels Textes	396

III. Einordnung der Fallgruppen	397
Kapitel 2: Digital Helicopter Parenting	401
A. Was ist Digital Helicopter Parenting?	401
B. Grundrechtliche Einordnung von Digital Helicopter Parenting	403
I. Kontrolle der Internetnutzung des Kindes	404
1. Kontrolle des „Ob“ und „Wie“	404
2. Kontrolle des „Was“	404
a) Kontrollpflicht oder Kontrollrecht der Eltern?	405
b) Grenzen des Kontrollrechts der Eltern	407
aa) Persönlichkeitsrecht des Kindes	408
bb) Persönlichkeitsrechte Dritter	413
II. Tracking	414
III. Zusammenfassung	415
Schluss: Das (digitale) Eltern-Kind-Staat-Verhältnis in Thesen	417
Anhang	425
Literaturverzeichnis	427